

# Eine Art Blindflug beim Zollumbau

Finanzkontrolleure orten unkalkulierte Risiken beim über 400 Millionen teuren Digitalisierungsprojekt des Zolls.

Henry Habegger

«Mit klaren Fakten kann belegt werden, dass der Fahrplan für die Neuausrichtung der Eidgenössischen Zollverwaltung stimmt und wir auf dem besten Weg sind, die Transformation in ein modernes und digitales Bundesamt umzusetzen.»

Das schrieb Finanzminister Ueli Maurer Anfang Mai 2021 in einem Brief ans verunsicherte Zollpersonal. Es war die Reaktion auf eine Reihe von kritischen Artikeln von CH Media zur laufenden Reorganisation beim Zoll und zum verantwortlichen Zolldirektor Christian Bock.

Alles auf dem besten Weg? Kritischer tönt es im neusten Prüfbericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) unter Direktor Michel Huissoud, die das im Entstehen begriffene Zoll-Digitalisierungsprojekt DaziT eng begleitet.

Im Prüfbericht der Finanzkontrolleure steht: «Nach einem Drittel der geplanten Programmlaufzeit sind die notwendigen Steuerungsinstrumente immer noch nicht fertig aufgebaut. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt die Steuerung intransparent und eine belastbare Fortschrittsbeurteilung schwierig.»

Und weiter: «Mit zunehmender Programmlaufzeit wird dieser Zustand immer problematischer, weil er sich unmittelbar auf das Risiko auswirkt, dass die drei vorgegebenen Ziele von DaziT nicht erreicht werden.»

Die Finanzkontrolle fordert jetzt unter anderem, dass «in der Berichterstattung an Bundesrat und Parlament» die «Verlässlichkeit der Ergebnisbeurteilung zu untermauern» sei. Die Verlässlichkeit sei teilweise «nicht gegeben».

«Instrumente, um den Programmnutzen zu messen und zu steuern, fehlen», so die Finanzaufsicht. Sie empfahl schon 2018, Instrumente «zur objekti-



Doch nicht «alles bestens»? Zolldirektor Christian Bock (links) und sein Chef, Finanzminister Ueli Maurer. Bild: Peter Klauzner (Bern, 10. April 2019)

ven Beurteilung der Ergebnisse bzw. Zielerreichung» zu schaffen. Diese seien aber noch im Aufbau.

Kurz, die Finanzkontrolle ortet eine Art Blindflug.

**«Nach einem Drittel der Programmlaufzeit sind die notwendigen Steuerungsinstrumente noch nicht fertig gebaut.»**

**Finanzkontrolle EFK im Prüfbericht zu DaziT**

Die drei definierten und gefährdeten Ziele von DaziT sind, wie die EFK in Erinnerung ruft: Senkung der Regulierungskosten um 125 Millionen pro Jahr bei den privaten Geschäftspartnern, Einsparung von mindestens 300 Vollzeitstellen, Kostenreduktion des IKT-Betriebs um 20 Prozent.

Insider sehen längst die Gefahr, dass DaziT finanziell aus dem Ruder läuft. Eine immer wieder geäußerte Kritik ist, dass niemand wirklich den Überblick habe, weder über den Stand der Ausgaben noch das, was alles entwickelt und aus dem Kredit finanziert werde.

**Gesamtkosten derzeit schon bei 465 Millionen**

2017 bewilligte das Bundesparlament 393 Millionen Franken für das Informatikprojekt. Laut Finanzkontrolle haben sich die Gesamtkosten seit der letzten

Prüfung 2019 durch zusätzliche interne Personalaufwände um 38,5 Millionen erhöht und liegen nun «bei insgesamt 465,3 Millionen». Programmintern sei noch von 426,8 Millionen die Rede, so die EFK, die festhält: «Diese Erhöhung der internen Kosten um 38,5 Millionen Franken wurde nicht korrekt abgebildet.» Es «fehlt eine vollständige und nachvollziehbare Sicht auf die Gesamtkosten».

DaziT wird nach «agilen Methoden» umgesetzt, die flexibler und schneller sein sollen als das klassische «plangetriebene» Vorgehen. Fehlentwicklungen sollen so vermieden werden. Laut EFK benötigen das agile Vorgehen aber eine «enge Qualitätssicherung».

Als «Top-Risiken» gelten die Betriebskosten, Mehraufwände für IT-Infrastruktur, Systemausfälle aufgrund von Cyberangriffen sowie die rechtlichen

Grundlagen, die unter Zeitdruck angepasst werden sollen. Ein ungelöstes Problem ist der Datenschutz und die Frage, wie weit er für die Digitalisierung ausgehebelt werden darf. Gerade das Bundesamt für Justiz und der Datenschützer haben da beträchtliche Einwände.

**Zoll dankt für «wertvolle Erkenntnisse»**

Die Zollverwaltung dankte der EFK für die «wertvollen Erkenntnisse», die die «erfolgreiche Umsetzung von DaziT unterstützen». Sie will unter anderem die von der EFK ebenfalls kritisierte interne und externe Kommunikation verbessern.

Fest steht: Die Finanzkontrolle, die der Digitalisierung des Zolls grundsätzlich positiv gegenübersteht, ortet auf dem Weg dorthin zahlreiche derzeit nicht kalkulierbare Risiken verschiedenster Art.

## Hoffen auf eine EU-Geste

**Besuch** Nach dem Absturz des Rahmenabkommens Ende Mai galt es für eine Schweizer Parlamentsdelegation gestern in Brüssel Antworten zu finden auf die Frage: Wie weiter? Wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war das Gespräch mit dem neu für die Schweiz zuständigen Vizepräsidenten der EU-Kommission, dem Slowaken Maros Sefcovic. Dieser betonte zwar, dass ihn Kommissionschefin Ursula von der Leyen noch nicht offiziell zum «Mister Schweiz» ernannt habe. Aber: «Wenn mich die Präsidentin fragt, werde ich mich sehr geehrt fühlen.»

Normalerweise müsste Sefcovic's Ansprechpartner Bundesrat Ignazio Cassis heissen. Die EU-Kommission hatte aber offensichtlich das Bedürfnis, direkt mit den Parlamentariern zu sprechen. Ihre Botschaft: Man ist immer noch enttäuscht über den Abbruch der Verhandlungen und erwartet, dass die Schweiz nun neue Impulse gibt. Sefcovic: «Wir haben in den letzten Jahren ziemlich viel vorgeschlagen. Jetzt würden wir gerne hören, was die Schweiz für Ideen hat.» Sefcovic wiederholte auch, dass die EU-Kommission ohne Lösung der institutionellen Fragen die bilateralen Abkommen «erodieren» lassen will.

**Das Ziel: Vollassoziierung ans Forschungsprogramm**

Die Botschaft der Schweizer lautete: «Die Abwärtsspirale muss beendet werden», so Delegationsleiter Eric Nussbaumer. Man habe betont, dass man sich in der Schweiz für eine schnelle Freigabe des Kohäsionsbeitrags von 1,3 Milliarden Franken einsetze und – wenn alles glatt laufe – das Parlament das Geld bis spätestens Dezember deblockieren dürfte. Im Gegenzug erwarte man von der EU eine «Geste des guten Willens» und eine rasche Vollassoziierung an «Horizon Europe». Ob sich die EU dazu bereit zeigen wird, konnte er aber nicht sagen. «Es ist nicht klar, was nachher passiert», so der Nationalrat zur Freigabe der Kohäsionsmilliarde. (rhe)

# Touristiker fürchten die Einreisequarantäne

Im Hinblick auf die Herbstferien will der Bundesrat die Coronaregeln für die Einreise in die Schweiz verschärfen.

Die Herbstferien stehen schon bald vor der Tür. Damit sich nicht wiederholt, was im Sommer vorab mit Reiserückkehrern aus Südosteuropa passiert ist, plant der Bundesrat ein schärferes Regime bei der Einreise in die Schweiz. Damals waren viele Ferienreisende in Spitälern gelandet – etliche auch auf der Intensivstation.

Der Bundesrat stellt zwei Varianten zur Debatte. Beiden ist gemein: Bei der Einreise müssen Nichtgenesene und Ungeimpfte einen negativen Test vorweisen – und zwar egal woher sie kommen, wie Gesundheitsminister Alain Berset vor den Medien in Bern ausführte. Keine Rolle spielt auch, ob jemand per Flugzeug, Auto oder zu Fuss einreist. Ausgenommen von der neuen Regel wären nur Grenz-

gänger, Kinder unter 16 Jahren und Transitpassagiere. Keine Einschränkungen gebe es dagegen für Geimpfte, betonte Berset.

**Ja zu Tests, nein zur Quarantäne**

Die beiden Varianten, die der Bundesrat gestern in Konsultation gegeben hat, unterscheiden sich in einem wichtigen Punkt. Es geht um die Frage, welche Regeln für ungeimpfte oder nicht genesene Einreisende nach dem Vorweisen des negativen Tests an der Grenze gelten. Bei der ersten schlägt der Bundesrat vor, dass die Personen nach vier bis maximal sieben Tagen in der Schweiz einen weiteren Test vorlegen müssen. Das Resultat muss dem Kanton übermittelt werden. Beide Tests

sind kostenpflichtig. Noch weiter geht die Variante 2: Anstelle eines zweiten Tests müssten die Personen für zehn Tage in Quarantäne. Mit einem negativen Test nach sieben Tagen könnten sie diese aufheben.

Neben den Reiserückkehrern, auf die der Bund mit seinen Massnahmen vor allem zielt, hat ein neues Einreiseregime auch Folgen für den Tourismus. Grundsätzlich hat man dort nichts gegen schärfere Regeln. Nicolo Paganini, der Präsident des Schweizer Tourismusverbands, äussert Verständnis dafür, dass die Schweiz nicht nur im Inland, sondern auch an der Grenze Massnahmen plant. Und er sagt, am schlimmsten wäre es für den Tourismus, wenn die Schweiz die Pandemie nicht übermitteln würde. Es sei wich-

tig, dass die Schweiz den Ruf habe, ein sicheres Land zu sein, so Paganini.

Allerdings wehren sich die Touristiker gegen die zweite vom Bundesrat vorgeschlagene Variante. Eine Quarantänepflicht wäre laut Paganini «verheerend» für den Tourismus. Er spricht sich deshalb für die erste Variante – die Einreiseregeln light, wenn man so will – aus. Das sieht man auch beim Verband der Hoteliers so.

**Die Risikoliste soll abgeschafft werden**

Verzichten möchte der Bundesrat künftig auf die Quarantäneliste des BAG. Die hochansteckende Delta-Variante habe dazu geführt, dass in vielen Ländern die Fallzahlen innert weniger Tage massiv gestiegen seien.

«Diese Dynamik kann einer solchen Liste nicht erfasst werden», begründet der Bundesrat seinen Entscheid. Zudem biete der Verzicht auf die stetige Anpassung der Liste der Reisebranche eine gewisse Planbarkeit. Das sieht auch Nicolo Paganini so. Der Mitte-Nationalrat sagt, es sei positiv, dass die Liste weg-falle. Sie habe viel Unsicherheit verursacht.

Nun können sich die Kantone zu den Vorschlägen äussern. Die Konsultation dauert bis am nächsten Dienstag. Entscheiden dürfte der Bundesrat am Freitag in einer Woche. Das neue Regime würde dann ab dem 20. September gelten – also rechtzeitig vor den Herbstferien.

**Reto Wattenhofer und Dominic Wirth**

## Mehr Hilfe für Afghanistan

**Aussenpolitik** Nach der Evakuierung von Schweizern und lokalen afghanischen Mitarbeitern steht für den Bundesrat die nächste Phase an. Er möchte nach der Machtübernahme der Taliban mehr Hilfe vor Ort leisten. Gestern hat er deshalb seine finanzielle Hilfe für Afghanistan aufgestockt – und zwar um 33 Millionen Franken. Damit unterstützt die Schweiz die Bevölkerung in Afghanistan in den nächsten 16 Monaten laut dem Aussendepartement mit insgesamt rund 60 Millionen.

Die afghanische Bevölkerung befindet sich gemäss dem Bundesrat in einer akuten humanitären Notlage. Der drohende ökonomische Kollaps, die anhaltende Dürre und die Hungersnot werden die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, noch weiter erhöhen. (rwa)